

Änderungsantrag A6.1

Antragssteller*innen: Lisa Pfitzmann (Delegierte Linksjugend ['solid']), Alev Coban (Delegierte Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (Delegierte Treptow-Köpenick), Melanie Vogel (Delegierte Treptow-Köpenick), Clara Erbes (Delegierte Treptow-Köpenick), Tina Schartner (Delegierte Treptow-Köpenick), Niklas Graßmann (Delegierter Mitte), Sarah Bremer (Delegierte Tempelhof-Schöneberg), Fabian Nehring (Delegierter LAG Vergesellschaftung), Tjark Nentwig (Delegierter LAG Antifaschismus), Jaime Martínez Porro (Delegierter Steglitz-Zehlendorf), Johannes Franck (Delegierte Linksjugend ['solid']), Lena Fries (Delegierte Treptow-Köpenick), Emily Lau (Delegierte Treptow-Köpenick), Amelie Cassada (Delegierte Treptow-Köpenick)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für ein Berlin des Friedens – Wahlversprechen verbindlich umsetzen

2 *Ersetzung Zeile 13-15:*

4 Für die Berliner Hochschulen und Universitäten sollen Zivilklauseln über das
5 Hochschulgesetz eingeführt beziehungsweise darüber bestehende Regelungen
6 gesichert und ausgeweitet werden. Forschung und Lehre sollen der friedlichen
7 Entwicklung der Gesellschaft dienen. Eine Zivilklausel im Berliner Hochschulgesetz
8 muss mit einer verlässlichen Grundfinanzierung verbunden werden, damit Hochschulen
9 nicht aus finanzieller Not auf militärische Drittmittel angewiesen sind.

10

11

12

13 Begründung: Eine Hochschulgesetz-Novellierung ist sowieso vorgesehen und Bremen
14 sowie Thüringen haben bereits bestehende Regelungen, an denen sich orientiert
15 werden kann. Sollen die Zivilklauseln praktische Wirkung entfalten, bedarf es einer
16 entsprechender Grundfinanzierung.